

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Christoph Matschie, Brigitte Adler,
Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/2979 –**

Alternative Entwicklungsvorhaben zu Arun III in Nepal

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Willibald Jacob,
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2285 –**

**Verwendung der Mittel, die für die Finanzierung des Staudammprojektes
Arun III vorgesehen waren**

A. Problem

Nachdem die Weltbank das Wasserkraftwerk Arun III gestoppt hat, werden die von deutscher Seite dafür vorgesehenen Mittel nicht mehr benötigt. Nepal braucht jedoch als eines der ärmsten Länder der Welt weiterhin die Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaften. Dies gilt auch für den Ausbau der Wasserkraftnutzung.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Antrags in Drucksache 13/2979 und einstimmige Ablehnung des Antrags in Drucksache 13/2285 bei Abwesenheit der Gruppe der PDS.

Nach dem Antrag in Drucksache 13/2979 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich intensiv um die Erarbeitung neuer Projekte in Nepal zu bemühen, Projekte zur Energieeinsparung und effizienten Energienutzung in die künftigen Vorhaben einzubeziehen und die internationale Gebergemeinschaft einschließ-

lich der Weltbank zu bitten, die ursprünglich für Arun III vorgesehenen Mittel für andere Entwicklungsvorhaben in Nepal zu nutzen.

Einvernehmlichkeit im Ausschuß**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags in Drucksache 13/2979 und Annahme des Antrags in Drucksache 13/2285. Auch nach diesem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die ursprünglich für das Staudammprojekt zugesagten Mittel für Entwicklungsprojekte in Nepal zur Verfügung zu stellen, im Unterschied zu dem Antrag in Drucksache 13/2979 allerdings als Zuschuß.

D. Kosten

Die für Arun III von Deutschland vorgesehenen Mittel.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) dem Antrag – Drucksache 13/2979 – mit der Maßgabe zuzustimmen, daß in Abschnitt II. Nr. 2 der zweite Satz gestrichen wird,
- b) den Antrag – Drucksache 13/2285 – abzulehnen.

Bonn, den 30. Mai 1996

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Michael Wonneberger
Berichterstatter

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Berichterstatter

Roland Kohn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Michael Wonneberger, Dr. Mathias Schubert, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Roland Kohn

I. Beratungsverfahren – allgemein

Der Deutsche Bundestag überwies die Anträge in seiner 89. Sitzung am 29. Februar 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zur Mitberatung überwies er die Anträge an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, in Drucksache 13/2285 darüber hinaus an den Haushaltsausschuß.

II. Beratungsverfahren – mitberatende Ausschüsse

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat von einer Beratung der Anträge abgesehen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Februar 1996 über den Antrag in Drucksache 13/2285 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über die Anträge in seiner 31. Sitzung am 8. Mai 1996 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, der Antrag der Fraktion der SPD komme ihren Intentionen sehr nahe. Es gehe darum, die von der Weltbank eingefrorenen Mittel, die für den Bau des Wasserkraftwerks Arun III vorgesehen gewesen seien, für andere alternative Energieträger und Energiequellen, möglichst erneuerbare Energien, in dieser Region einzusetzen und damit infrastrukturelle Maßnahmen im weitesten Sinne zu fördern. Diesem Anliegen trage der Antrag der Fraktion der SPD Rechnung. Die Fraktion der CDU/CSU stimme deshalb dem Antrag mit einer Einschränkung zu, und zwar beantrage sie, den zweiten Satz in Abschnitt II. Nr. 2 zu streichen, weil er in der Praxis schwer durchzusetzen sei. Der zweite Satz in Abschnitt II. Nr. 2 besage, daß ein einzurichtender Investitionsfonds von einer von der Nepalesischen Energieagentur (NEA) unabhängigen

Wasserkraft-Entwicklungsagentur verwaltet werden solle. Ohne die Beteiligung der staatlichen Energieagentur NEA werde man es jedoch nicht erreichen, in Nepal Wasserkraftwerke zu installieren und den Strom an die Verbraucher weiterzuleiten, weil z. B. die Netze der NEA gehörten.

Den Antrag der Gruppe der PDS in Drucksache 13/2285 lehne die Fraktion der CDU/CSU ab, weil er das Thema verfehle und auch einige inhaltliche Punkte aufweise, denen die Fraktion der CDU/CSU nicht zustimmen könne. So sollten die Mittel als Zuschüsse gegeben werden. Weiter sollten zunächst unabhängige Institute Studien erstellen, was zu hohen Kosten führen würde. Zudem enthalte der Antrag einige plakative Aussagen, die die Fraktion der CDU/CSU so nicht mittragen könne.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, daß es im letzten Jahr eine gute und richtige Entscheidung gewesen sei, das Projekt Arun III zu stoppen, weil die Entwicklungsrisiken für Nepal zu groß gewesen wären. Wenn man nun vor der Frage stehe, welche Entwicklungsalternativen gemeinsam mit Nepal verfolgt werden sollten, dann gehöre für die Fraktion der SPD auch der weitere Ausbau der Wasserkraft dazu. Allerdings sollte stärker bei den Gegebenheiten des Landes selbst, bei den technischen Fähigkeiten, die in Nepal vorhanden seien, angesetzt werden. Die Fraktion der SPD halte es für notwendig, jetzt schnell gegenüber Nepal Signale zu setzen. Nepal müsse wissen, daß die ursprünglich für Arun III vorgesehenen Mittel auch für andere Projekte zur Verfügung ständen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sei schon lange in Verhandlungen mit Nepal und versuche, neue Projekte zu erarbeiten. Die Fraktion der SPD hoffe, daß ihr Antrag einen zusätzlichen Impuls in diese Richtung darstelle. Letztendlich sollten die erforderlichen Entscheidungen die Partner in Nepal treffen. Deutscherseits sollten nur Vorschläge für das Verfahren gemacht werden. Die Fraktion der SPD würde die Streichung des zweiten Satzes in Abschnitt II. Nr 2 mittragen, wenn es dadurch den anderen Fraktionen möglich würde, dem Antrag der Fraktion der SPD zuzustimmen.

Der Antrag der Gruppe der PDS sei zu wenig konkret auf die Situation in Nepal bezogen. Er halte sich sehr

stark im Allgemeinen. Die Fraktion der SPD lehne deshalb diesen Antrag ab.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde erklärt, sie habe bereits bei der Diskussion im vergangenen Jahr über das Projekt Arun III darauf hingewiesen, daß es wichtig sei, den nepalesischen Partnern gegenüber deutlich zu machen, daß der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zwar gegen Arun III seien, daß sie aber eine nachhaltige Entwicklung Nepals wünschten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde deshalb dem Antrag der Fraktion der SPD auch in abgeänderter Form zustimmen.

Der Antrag der Gruppe der PDS werde der Problematik nur unvollkommen gerecht. Er enthalte einige zumindest fragwürdige Formulierungen und sei anscheinend nicht genügend durchdacht. Deshalb werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Antrag ablehnen.

Die Fraktion der F.D.P. unterstrich, daß sie das Projekt Arun III von Anfang an als bedenklich angesehen habe. Die Planungen der Bundesrepublik Deutschland für die nunmehr beabsichtigte Verwendung der Mittel, die für Arun III vorgesehen gewesen seien, seien als vernünftig anzusehen. Man wolle die Bundesregierung ermutigen, diese Vorstellungen weiterzuverfolgen. Die Fraktion der F.D.P. stimme dem Antrag der Fraktion der SPD in der abgeänderten Form zu. Den Antrag der Gruppe der PDS lehne sie ab.

Die Bundesregierung erklärte, sie sei daran interessiert, so rasch wie möglich zu einem Übereinkommen mit der nepalesischen Regierung zu kommen, um die Dinge voranzutreiben. Die verbleibenden Mittel in Höhe von 200 Mio. DM sollten für den Bau eines Wasserkraftwerkes und einer Netzleitwarte verwendet werden. Man hoffe, damit einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung Nepals zu leisten.

In der anschließenden Abstimmung stimmte der Ausschuß dem Antrag der Fraktion der SPD in der abgeänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Abwesenheit der Gruppe der PDS zu.

Den Antrag der Gruppe der PDS lehnte der Ausschuß einstimmig ab.

Bonn, den 30. Mai 1996

Michael Wonneberger

Berichterstatler

Dr. Mathias Schubert

Berichterstatler

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Berichterstatler

Roland Kohn

Berichterstatler